

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 8 gepaltene Kolonnen-Beile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Wren. Druck von G. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: J. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluß 8002.

Der Preis als Erzieher.

Unsre wichtigsten Lebensmittel sind sehr knapp und sehr teuer geworden. Das wird heute allgemein anerkannt. Vor einigen Monaten noch galt das Aussprechen dieser Wahrheit vielfach als eine Schädigung der Volkswirtschaften. Selbst Arbeiterblätter vertraten die merkwürdige Auffassung, öffentliche Klagen über Teuerung müßten unterlassen werden, weil das nur die Gegner in ihrer Hoffnung auf Niederrückung Deutschlands stärken würde. Und getreu dieser Auffassung wurde in den Zeitungen verkündet: Wir haben kein Grund, zu Einschränkungen kein Anlaß vor! Heute erkennt man fast allgemein, daß diese Zuvorsichtlichkeit, ganz gleich, ob sie nur vorgetäuscht oder auf Ueberzeugung begründet war, uns ganz außerordentlich viel geschadet hat. Denn sie hat zu einer gewissen Sorglosigkeit bei der Verwendung der Nahrungsmittel geführt, und sie hat die planmäßige Abwehr der englischen Aus- hungerungspläne hintangehalten oder doch erschwert.

Deutschland ist in normalen Zeiten auf die Zufuhr wichtiger Lebensmittel angewiesen. Vor allem brauchen wir erhebliche Zufuhren an Getreide, Hülsenfrüchten und Futtermitteln. Nach einer Zusammenstellung, die Professor Elsbacher veröffentlicht, haben wir im Durchschnitt der Jahre 1912/13 von 25 der wichtigsten Nahrungs- und Futtermittel 2 747 559 Tonnen (1 Tonne = 10 Doppelzentner) aus-, aber 9 017 919 Tonnen eingeführt. Der Einfuhrüberschuß beträgt also mehr als 6 Millionen Tonnen = 60 Millionen Doppelzentner. Allein an Weizen haben wir im Jahre 1913 rund 17 Millionen Doppelzentner mehr ein- als ausgeführt. Mit Roggen deckt uns die eigene Landwirtschaft; bei guter Ernte können wir davon noch ausführen. Leider sind noch im Juli des Vorjahres 1 1/2 Millionen Doppelzentner Roggen ausgeführt worden. Die fehlen uns jetzt sehr. Gerste und Mais müssen wir in großen Mengen aus dem Auslande ein- führen. Im Jahre 1913 wurden an Futtermitteln unter anderem eingeführt: 31 Millionen Doppelzentner Futtergerste, 14 Millionen Doppelzentner Kleie, 9 Millionen Doppelzentner Mais und ebensolche Reisabfälle, Erbsen usw.

In einer von Professor Elsbacher herausgegebenen Schrift über die deutsche Volksernährung ist auf Grund sehr eingehender statistischer Ermittlungen angegeben worden, wieviel Nahrungs- werke vor dem Kriege pro Kopf im Durchschnitt in Deutschland verbraucht wurden und wieviel davon aus dem Auslande geliefert wurden. Die Berechnung kommt zu folgenden Zahlen:

Es wurden verbraucht pro Kopf und Tag: 92,9 g Eiweiß, 106,0 g Fett, 530,5 g Kohlehydrate.

Davon wurden eingeführt: absolut 25,7 g Eiweiß, 45,0 g Fett, 43,6 g Kohlehydrate in Proz. 27,6 Proz. 42,4 Proz. 8,2 Proz.

Es fehlt uns demnach reichlich ein Viertel der Eiweißstoffe und fast die Hälfte der Fette. Der Ausfall an Kohlehydrate ist dagegen belanglos. Diese Rechnung wird durch den Krieg in mancher Richtung beeinflusst. Zunächst schon dadurch, daß unsre Ernte für 1914, von ihrem allgemeinen Ausfall einmal abgesehen, nicht vollständig ist, weil wertvolle Teile Ostpreußens während der Erntezeit vom Feinde besetzt waren. Dann auch durch die starke Verfüllung von Brotgetreide infolge des Mangels an andern Futtermitteln. Allerdings haben die deutschen Truppen in den von ihnen besetzten Gebieten auch geerntet und requiriert, jedoch dürfte dadurch kaum der Mehrbedarf ausgeglichen sein, den wir infolge der Mobilmachung haben. Außerdem haben wir mehr als 1/2 Million Gefangene mit zu ernähren. Aber wie diese Umstände nun schließlich auch auf das Resultat einwirken mögen, fest steht, daß wir ein nicht unerhebliches Manko an wichtigen Lebens- mitteln haben. Mit dieser Tatsache müssen wir rechnen, nach ihr haben wir unsre Maßnahmen zu treffen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat in Gemein- schaft mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei schon Mitte August der Regierung Vorschläge unterbreitet, die einer allge- meinen Lebensmittelnot vorbeugen sollten. Ein Teil ihrer Vor- schläge ist von der Regierung angenommen und verwirklicht worden, der wesentlichste Teil aber blieb zunächst unbeachtet.

Sehr bald fehlte eine allgemeine Preistreibe bei den wich- tigsten Lebensmitteln ein. Die festgesetzten Höchstpreise waren nicht allgemein, ließen sehr wichtige Lebensmittel ganz frei, be- schränkten sich zunächst auf den Kleinhandel und waren überdies oft zu hoch angelegt. So hemmten sie die Preissteigerungen wenig. Sprunghaft gingen die Preise für manche Nahrungsmittel hoch. Weizen z. B., der im Durchschnitt des Jahres 1913 auf 198 M. die Tonne kam, wurde Ende Oktober mit 268 M. bezahlt. Roggen stieg in derselben Zeit von 164 auf 236 M., Hafer von 162 auf 226 M.

Erst als die Dinge soweit gediehen, griff die Reichsregierung ein. Am 28. Oktober setzte sie Höchstpreise für Getreide fest und verfügte zugleich schärferes Ausmahlen des Getreides und Streckung des Weizens durch Zufuhr von Roggenmehl sowie des Roggens durch Zufuhr von Kartoffelpräparaten. Die jetzt festgesetzten Höchst- preise entsprechen aber im wesentlichen den seither höchsten Preis- notierungen, standen jedenfalls weit über dem Preis, der vor dem Kriege und zu Beginn des Krieges bezahlt wurde. Die „Frankf. Ztg.“ schätzte die Mehrbelastung der Konsumenten durch die zu spät erfolgte Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide

auf 100 Millionen Mark. Und sie schrieb dazu: „Das ist das Trübe: Niemand wird in dieser Zeit sich sträuben, Lasten zu tragen, die notwendig sind und die dem Reiche zugute kommen. Aber diese Steuer kommt dem Reiche nicht zugute, und sie wäre nicht nötig gewesen, wenn die Regierung nach dem Kriegsausbruch nicht 3 Monate für ihre Beschlüsse gebraucht hätte. Diese Be- lastung des Volkes ist hart, sehr hart, darüber hilft kein Argu- mentieren hinweg.“ Selbst die freisonserativen „Hamburger Nachrichten“ beklagten die hohe Belastung des Konsums zugunsten der Produzenten und Zwischenhändler und schrieben dazu: „Es ist jetzt wirklich nicht die Zeit, in der es einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Unternehmen gestattet werden darf, sich strupellos zu bereichern auf Kosten des ganzen Volkes.“ Auch der Parteivorstand und die Generalkommission erhoben sofort Protest gegen die Festsetzung so hoher Sätze als Höchstpreise. Sie forderten ferner, daß für Mehl und Kartoffeln gleichfalls Höchstpreise festgesetzt würden. Die Eingabe führte zu einer Besprechung der Unterzeichner mit der Regierung, die aber greifbare Resultate nicht zeitigte, vor allem nicht zu einer Herabsetzung der angeforderten Höchstpreise führte. Wohl aber wurden endlich auch für Kartoffeln Höchstpreise fest- gesetzt, die jedoch gleichfalls durch die inzwischen erfolgte Preis- steigerung beeinflusst, also reichlich hoch waren.

Mitte Januar traten beide Körperschaften noch einmal an die Regierung mit Vorschlägen heran. Am 25. Januar wandten sie sich mit einem ausführlichen Schriftsatz an den Reichskanzler. Davin wurden ernste Bedenken geäußert gegen die beabsichtigte weitere Erhöhung der Höchstpreise für Weizen und besonders für Kartoffeln. Dazu hieß es: „Eine Preiserhöhung für Kartoffeln, mit welcher Motivierung sie auch geschehe, würde in den Preisen der ärmeren Bevölke- rungsklassen nur mit großer Erbitterung aufgenommen werden. Die Kartoffel ist das Nahrungsmittel, das den Armen als letzte Rettung bleibt. Hier darf unter keinen Umständen am Preise gerüttelt werden.“ Die Erhöhung der Weizenpreise ist bis jetzt nicht eingetreten, weil die Regierung die gesamten Getreide- vorräte beschlagnahmt hat. Dagegen sind die Höchstpreise für Kartoffeln, trotz der schweren und begründeten Bedenken, die in der eben angeführten Eingabe geäußert wurden, um rund 50 Prozent, nämlich um 1,75 M. pro Zentner, erhöht worden.

Die nächste Folge dieser Preiserhöhung ist, daß diejenigen Kartoffelerzeuger und -händler, die spekulativ mit ihren Borräten zurückgehalten haben — und das sind nicht wenige — für ihr eigennütziges Verhalten einen enorm gesteigerten Preis und damit erhöhten Gewinn als Prämie erhalten. Die konsumierende Be- völkerung aber wird dadurch mit vielen Millionen belastet, vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten, für die die Kartoffel ein Hauptnahrungsmittel ist.

Selbstverständlich ist die Belastung der armen Bevölke- rungs- schichten und die Vereinerung der Kartoffelerzeuger und -händler nicht der Zweck der Regierungsmaßnahme. Vielmehr soll dadurch eine Einschränkung des Kartoffelver- brauchs, vor allem bei der Verwendung der Kartoffel als Viehfutter, erreicht werden. Bekanntlich ist in unserm unregelmäßigen Wirtschaftsleben der Preis einer Ware bis zu einem gewissen Grade auch ihr Verbrauchsregulator. Hohe Preise hemmen, niedrige fördern den Verbrauch. Von dieser Tatsache ausgehend, haben nicht nur an hohen Preisen Interessierte, sondern auch un- interessierte Volkswirtschaftler und Politiker hohe Preise für wich- tige und knappe Lebensmittel gefordert. So ist der schon erwähnte Professor Elsbacher nicht nur wiederholt in der Presse, sondern auch in dem von der Reichsregierung veranstalteten Mednerkursus für hohe Lebensmittelpreise eingetreten. Auch der bekannte Pfarrer Raumann vertrat in diesem Kursus die Auffassung, daß der Besizende durch Einsicht, der Arme aber durch hohe Preise zur sparsamen Verwendung der Lebens- mittel kommen müsse.

Nun ist es unbestreitbar richtig, daß hohe Preise in der Regel zu einer Einschränkung des Verbrauchs führen. Fraglich ist es aber schon, ob das gerade bei Kartoffeln wünschenswert ist; denn die Kartoffel ist ein Nahrungsmittel, an dem wir noch am wenigsten Mangel leiden und das in großen Mengen bei uns erzeugt werden kann. Es ist deshalb auch immer die Steigerung des Kartoffelverbrauchs als Ausgleich für die Verminderung des Brotverbrauchs empfohlen worden. In den „20 Geboten für die deutsche Hausfrau“, die Professor Wohlmann aufgestellt hat und die von der Regierung als vorbildlich anerkannt werden, wird gesagt, daß jeder Deutsche täglich 400 Gramm Kar- toffeln mehr essen soll als seither. Und es wird jeder, der den Rat nicht befolgt, ein schändlicher und fluch- würdiger Verräter an dem Fortbestehen Deutschlands“ genannt. Die Erhöhung der Kartoffelpreise macht aber die Be- folgung des Wohlmannschen Rates für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung unmöglich.

Die Steigerung der Kartoffelpreise ist vor allem in hohem Grade unsozial. Sie trifft den Reichen wenig, den Armen sehr schwer, am allerjüngsten die Allerärmsten. Nicht nur, weil diese im Verhältnis zur Gesamtnahrung die meisten Kartoffeln essen, sondern auch, weil sie von der Hand in den Mund leben

müssen, keine Wintervorräte zu den billigeren Herbstpreisen einge- kauft haben, also jetzt sofort für ihren gattzen Verbrauch die hohen Höchstpreise anlegen müssen. Unter diesem Gesichtspunkte gesehen, erscheint die Preiserhöhung für Kartoffeln als eine Maßnahme, die wir in hohem Maße bedauern müssen und die in keiner Weise geeignet ist, Deutschlands Wehrfähigkeit zu stärken und die Einheit der Volksgenossen zu fördern.

Für Fleisch werden zwar in den einzelnen Orten Höchstpreise festgesetzt, aber diese folgen automatisch den immer weiter steigenden Viehpreisen. Vor allem steigen die Schweinepreise ganz enorm. Nach den Berliner Marktnotizen kosteten 100 Pfund Schlacht- gewicht Mitte September 57 bis 58 M., Ende Dezember schon 84 bis 85 M., Anfang Februar aber über 100 M. Dabei sind Schweine mehr als in früheren Jahren vorhanden; auch werden — infolge des Futtermangels — mehr als sonst geschlachtet. Aber die Nachfrage der Städte, die sich mit Dauerware eindenken sollen und wollen, und auch die privaten Eindeckungsbestrebungen steigern die Nachfrage und treiben die Preise auf eine früher nie gekannte Höhe. Wie weit diese Steigerung noch geht, ist nicht abzusehen. Im Organ der hannoverschen Landwirtschaftskammer wurde kürz- lich die Auffassung vertreten, daß 100 Pfund Schlachtgewicht mindestens 140 Mark kosten müßten. Vielleicht bringen wir es noch so weit. Allerdings werden dann weite Kreise der arbeitenden Bevölkerung ihren Fleischgenuß nicht nur einschränken, sondern einfach einstellen müssen. Damit dürfte unsrer Volks- ernährung aber kaum gedient sein. Hoffentlich sieht das auch die Regierung ein und sorgt durch Festsetzung angemessener Höchstpreise für Vieh oder durch Beschlagnahme des schlachtreifen Viehes dafür, daß Fleisch nicht ganz und gar ein Luxusartikel wird.

Sehr energisch und richtig faßte u. G. die Regierung das Problem der Sicherung unsrer Ernährung an mit der Beschla- gnahme der Getreidevorräte. Es mag sein, daß eine ähnliche Maßnahme bei den Kartoffeln und beim Schlachtvieh schwieriger gewesen wäre, aber undurchführbar war sie nicht. Der feste Wille überwindet viel. Das hat sich seit Ausbruch des Krieges oft genug gezeigt. Die Rückwirkung auf die Volkswirtschaft aber wäre eine ganz andere gewesen. Wir wissen, daß wir uns nicht der Decke strecken müssen, daß selbst im knappen Haushalt des Arbeiters noch eingespart werden soll und muß. Dann muß aber auch die Gewähr gegeben sein, daß überall gespart wird, daß nicht der Besitzende in alter Fülle weiterleben kann, wenn er nur einige Mark Geld mehr dafür anlegen will. Der Preis als Verbrauchs- regulator ist schon in Friedenszeiten ein plump-mechanischer Behelf, jetzt in Kriegszeiten ist er direkt eine Gefahr für die Einheit und Wehrfähigkeit des deutschen Volkes.

Den Leichtgläubigen und Vertrauensseligen zur Beachtung!

Es gibt nicht wenige unter den für unsern Verband zu- ständigen Arbeitern, die der Ansicht sind, daß nach dem Kriege eine gewerkschaftliche Organisation überflüssig sei, weil dann alles in schönster Harmonie zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, unter der Mithilfe der Behörden, geregelt würde. Mit dieser Begründung lehnen sie es ab, in unsre Reihen einzutreten; dieser Gebanfen- gang wird vielfach von den Fahnenflüchtigen als Grund ihres Austritts angegeben. Diesen Kollegen könnte nichts dienlicher sein, als ab und zu mal einen Blick in die Unternehmerpresse zu werfen. Da das unsern Kollegen aber nur in den seltensten Fällen möglich ist, wollen wir heute an einigen Auslassungen dieser Presse zeigen, wie dort die Organisierung der Interessentenvertretung auch während der Dauer des Krieges vor sich geht.

Zunächst zwei Auslassungen, die beweisen, daß die Unter- nehmer gar nicht daran denken, ihre Kampforganisationen auf- zugeben. Da schreibt die „Zeitschrift des Verbandes der Dach- deckermeister“:

„Wenn der Krieg gut zu Ende gehen wird, so werden jedenfalls nicht nur die politischen, sondern auch die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse eine große Umgestaltung erfahren, und zwar eine Umge- staltung, die, wie wir von Herzen hoffen, uns eine rechte Freude an unserm Vaterlande und unserm Volke geben wird. Da würden auch die Arbeitgeberverbände neue, vielber- eichendere Arbeit zu tun bekommen. Und wir meinen, sie werden dann erst recht Gelegenheit haben, sich zu betätigen. Jetzt haben viele, die sonst dem Gedanken des Zusammenstehens fern standen, die hohe Bedeutung dieses Gedankens erlebt und erfahren, und so darf man mit allem Grunde hoffen, daß nach dem Kriege auch für die Organisation eine Zeit des Aufstehens kommen wird.“

Und die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ pflichtet dem in folgendem Satze zu:

„Daß sich nach dem Kriege den Arbeitgeberverbänden sofort wieder ein reiches Arbeitsfeld eröffnen wird, daran ist höchlich nicht zu zweifeln! Wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen werden sich in ungeahnter Fülle einstellen, und ebenso wie die Arbeiterwelt alles daran setz, daß nur ja nicht die Festigkeit ihrer Verbände gelockert wird, so muß auch, und zwar in doppeltem Maße und unter noch höheren Gesichtspunkten, das Unternehmensrat an die Erhaltung seiner erst so mühsam erkämpften Organisationen denken.“

Von noch höheren sozialen Gesichtspunkten aus haben die Arbeiter gewiß ein Interesse daran, daß auch ihre Organisationen kampffähig erhalten bleiben.

Bei der Verfolgung der Arbeitgeberpresse würden unsre ver- trauensseligen Kollegen aber auch finden, daß darin schon heute

die lebhaftesten Anstrengungen, gemacht werden, daß von den sozialen Maßnahmen, die jetzt von den verschiedenen Behörden eingeführt sind, nichts in die Zeit des kommenden Friedens hineingeschleppt wird. In spaltenlangen Artikeln wird dargetan, daß die unbefristete Ausbeutungsmöglichkeit der Arbeitskraft der Arbeiter zur Konkurrenzfähigkeit über den andern industriellen Ländern ein Gebot der Selbsterhaltung sei. Namentlich wird davor gewarnt, irgendwelche Erweiterungen des Koalitionsrechts zu gewähren; ja sogar die Paragraphen des neuen Strafgesetzes, die wir als eine Schwächung des Koalitionsrechts betrachten, müssen nach Ansicht der Unternehmerpresse unbedingt beibehalten werden. Das klingt alles ganz anders als Friedensschmelzei. Es deutet vielmehr darauf hin, daß wir, wenn endlich der Friede wieder in Deutschlands Gauen eingelehrt ist, recht lebhaft wirtschaftliche Kämpfe bekommen werden.

Aber das ist es nicht allein, was den Unternehmern am Herzen liegt. Die Zeit des Bürgerkriegs wird auch dazu benutzt, um Pläne zu schmieden, wie die Ausbeutung der Arbeitskraft am besten betrieben werden kann. In der Nummer 6 der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ glaubt ein Herr Weber, seines Zeichens Ingenieur, das richtige Mittel in dem Prämienystem gefunden zu haben. Diese Auslassungen sind auch von unserm Standpunkt aus in verschiedener Hinsicht so interessant, daß es sich wohl lohnt, sie unsern Kollegen zugänglich zu machen.

Dieser Herr Weber ist offen. Er schreibt, daß der Zweck des Prämienystems sein soll, daß der Arbeiter „das Beste seiner Kraft und Leistungsfähigkeit“ hergibt. Wie das gemacht werden muß, zeigt er an einem Beispiel. Er schreibt:

„Das Prämienystem soll aber nicht nur zur Leistungsfähigkeitserhöhung ansetzen; es soll vor allem auch helfen, die Herstellungskosten zu verringern, d. h. die Rentabilität eines Betriebes erhöhen, dabei aber eine gerechte Entlohnung der Arbeiter gewährleisten. In welcher Weise dies durch das Prämienystem, den Zeitfaktor, ermöglicht wird bzw. erzielt wurde, sei durch einige Zahlen belegt, die der Praxis entstammen.“

In einer Fabrik für Kunststeine sollte das Prämienystem eingeführt werden. Nach Ueberwindung der generellen Schwierigkeiten, wie sie eingangs angedeutet wurden, erhielt der Betriebsleiter die Aufgabe, die Dachziegelherstellung danach einzurichten. Auf Schlägtischen wurden Zementfalzziegel hergestellt. Für 1000 Dachsteine wurde ein Marktpreis von 23 Mk. gezahlt. Während der reguläre Stundenlohn in dem betreffenden Betriebe, der in rein ländlicher Gegend liegt, 30 Pf. pro Stunde betrug, hatte sich der Dachsteinschläger offenbar eine Berechnung aufgestellt, um auf einen Stundenlohn von 35 Pf. zu kommen. Darauf leitete nämlich hin, daß der Mann stets ein Tagespensum von 150 Dachsteinen (in 10 Stunden) erreichte. Für 1000 Dachsteine benötigte er also zuziela 66 bis 67 Arbeitsstunden, für die er einen Lohn von 23 Mk. (den Marktpreis) erhielt. Das ergibt einen Stundenlohn von 34 bis 35 Pf. Alle Berechnungen, die Tagesleistung des betreffenden Arbeiters zu erhöhen, schlugen fehl.

Nun wurde das Prämienystem eingeführt. Nachdem an einigen anderen Arbeitern zunächst die „Einführungserprobung“ vorgenommen waren, kam auch der Dachsteinschläger dran. Da seine Kollegen bei der Anwendung nicht schädigt gefährdet waren, bequeme sich auch der schon ältere Mann zu einem Versuch! Es wurde ihm kategorisch erklärt, daß 1000 Dachziegel in einem Zeitraum von 54 Stunden hergestellt werden könnten und müßten, da dies auch in andern Betrieben möglich sei. Nach der Aufklärung, daß es sich zunächst nur um einen Versuch handle und die Zeitbegrenzung nie nach den Erfahrungen geändert würde, ging der Dachsteinschläger an die Arbeit unter den neuen Bedingungen. Eine Erklärung des Prämienystems ließ auf Kopfschütteln. Sache des Betriebsleiters war es nun, dafür Sorge zu tragen, daß keine fingierten Resultate zustande kamen. Zu bemerken ist noch, daß der Stundenlohn der Dachsteinschläger auf 35 Pfennig sofort erhöht wurde. Denn bei dem Prämienystem ist sogar die wesentliche Steigerung der Löhne nur zu 50 Prozent von Einfluß auf die Herstellungskosten.

Ehe ich nun auf das Ergebnis des oben geschilderten Versuches eingehe, sei kurz die Handhabung des Prämienystems ins Gedächtnis zurückgerufen.

Für eine bestimmte Arbeit wird eine Anzahl von Stunden gewährt, die für die Arbeitsausführung gebraucht werden darf. Braucht der Arbeiter gerade so viel Stunden, als zugefanden, „akkordiert“ werden, aber auch mehr, so erhält er den gewöhnlichen Stundenlohn für die verbrauchte Zeit ausbezahlt. Braucht er weniger Zeit, so wird zunächst die tatsächlich für die Arbeit verbrauchte Stundenanzahl bezahlt. Die gesparten Stunden, also der Unterschied zwischen der akkordierten und tatsächlich verbrauchten Zeit, werden zur Berechnung der Prämie benutzt, dergestalt, daß für diese Zahl Stunden, also der gesparten Zeit, die Hälfte des Stundenlohnes dem Arbeiter als Prämie-Zuschuß zufließt.

Die Berechnung des Erfolges, den der geschübter Versuch zeigte, wird das Diagramm des Prämienystems noch anschaulicher erläutern lassen.

Nach kürzer Zeit lag die erste Arbeitsliste des Dachsteinschlägers vor. Der Zeitverbrauch betrug 47 1/2 Stunden; 54 Stunden waren berechnet, also 6 1/2 Stunden „gespart“ worden.

Die Lohnberechnung stellte sich nun wie folgt:

47 1/2 verbrauchte Arbeitsstunden a 35 Pf.	16,88 Mk.
6 1/2 gesparte Stunden a 17 1/2 Pf. Prämie	1,14 Mk.
	17,77 Mk.

Die Stundenveranschlagung brachte dem Arbeiter also 1,14 Mk. als Prämie ein, was der Stundenlohn bei 17,77 Mk. für 47 1/2 tatsächlich gewandte Stunden betrug fast 37 1/2 Pf. Während früher das Tagespensum auf Lohn 23 Mk. (alter Gehaltsfuß) entfiel, war er jetzt auf 17,77 Mk. also nur fast 6 Mk. gesunken. Das war ein glänzender Erfolg des Prämienystems! Der Mann war begeistert.

Der Erfolg der Einführung des Prämienystems war also, daß der Arbeiter für denselben Quantum Dachsteine, wofür er früher, allerdings in einer längeren Arbeitszeit, 23 Mk. bekam, jetzt nur 16,88 Mk. Lohn und 1,14 Mk. Prämie erhielt. 5,23 Mk. fließen als Abzugsumme in die Tasche des Unternehmers zu dem Gewinn, den er früher doch ohne Zweifel schon an den Steuern hatte. Doch der Arbeiter hatte ja auch seinen „Vorteil“. Statt früher 35 Pf. verdiente er jetzt die Stunde 37 1/2 Pf.! Angefichts der Hergabe „des Besten von“ seiner Kraft und Leistungsfähigkeit gewiß ein herrlicher Verdienst!

Dieses Beispiel zeigt ja recht, mit welcher Vorliebe die Arbeiter ein etwaiges Angebot auf Einführung des Prämienystems aufnehmen werden. Immer müssen sie sich vor Augen führen, daß diese Maßnahmen nicht etwa im Interesse der Arbeiter eingeführt werden sollen, sondern lediglich zu dem Zweck, die Profitrate des Unternehmers zu erhöhen.

Doch damit ist die Kundigkeit des Herrn Weber noch nicht erschöpft. Er kennt keine Krabbenkonserven und weiß, daß mancher Unternehmer auch gern noch den kleinen Teil, den der Arbeiter durch die intensive Ausnutzung seiner Arbeitskraft für sich erhält, noch in seine Tasche stecken liege. Er schreibt also:

Auf dies ist jedoch noch aufmerksam gemacht. Da beim Prämienystem der Stundenlohn verhältnismäßig hoch angesetzt werden kann, ist der Verdienst der Arbeiter ein etwas hoher. Es hat sich nun in einzelnen Betrieben bewährt, die Prämienverteilung ganz oder teilweise nicht anzunehmen, sondern anzufordern, eine für den Arbeiter oder die Fabrik. Nach Rücksprache mit den Kollegen so geführt werden.

Einem eskalanten Fall möchte ich zum Schluß noch erwähnen. In dem eingangs genannten Betriebe in ländlicher Gegend mußte man die Beobachtung machen, daß im Winter, wo die Geschäfte infolge der Betriebszeitgarnt stiller sind, ein Mangel an Arbeitskräften nie zu spüren war. Im Frühjahr bzw. Sommer aber ländigten so und so viele Arbeiter, nachdem man sie glücklich einigermassen eingeleitet hatte. Dem wurde mit Hilfe des Prämienystems ein Mangel vorgezogen. Vom 1. Oktober an wurden keine Prämien mehr ausbezahlt, sondern gutgeschrieben, und zwar dergestalt, daß die Arbeiter keinen Rechtsanspruch darauf hatten, was durch Revers bewirkt wurde. Nur diejenigen Arbeiter erhielten ihre Prämien, die am 1. Oktober des nächsten Jahres noch bei der Firma waren. Die Auszahlung erfolgte dann zu Weihnachten. Würde ein Arbeiter infolge eigenen Verschuldens entlassen, so entfiel die Betriebsleitung, ob eine Auszahlung der aufgesammelten Prämien erfolgen sollte, oder ob sie dem Arbeiter-Unterstützungsfonds zugeführt wurden. Auf diese Weise wurde dem fortwährenden Wechsel an Arbeitern erfolgreich begegnet.

Dem denkenden Arbeiter bieten diese Auslassungen nichts Neues. Der Zweck dieses Artikels sollte daher auch nur sein, denen, die der Ansicht sind, daß nach dem Kriege eine gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter nicht mehr notwendig sei, einen Blick in das gegnerische Lager zu gewähren. Wenn sie überhaupt wollen, werden sie dadurch einsehen, daß die wirtschaftlichen Gegensätze nach wie vor, während und nach dem Kriege bestehen bleiben und daß zur Austragung dieser Gegensätze starke Organisationen notwendig sind, wenn anders nicht die Arbeiter in diesem wirtschaftlichen Kampfe unterliegen wollen.

Eine Rückzugskanonade.

Das „Hamburger Echo“ fühlt sich noch einmal das Bedürfnis, sich an uns zu reiben. Unsere sachlichen Feststellungen in der letzten Nummer des „Proletariats“ kann es allerdings nicht entgehen lassen. Es hat einsehen müssen, daß wir nicht, wie das „Hamburger Echo“, auf die „Hitatschreibungen der bürgerlichen Presse“ hereinfallen sind, sondern aus dem Original geschöpft und einen abgeschlossenen Abschnitt aus dem Artikel des Genossen Kummer gegeben haben. Statt aber nun seinen Irrtum einzugehen oder, was leichter wäre, zu schweigen, fordert das „Echo“, wir hätten — den ganzen Artikel abdrucken müssen. Das Verlangen ist so häßlich, daß es nicht einmal aus der Stimmung über den nicht alltäglichen Hineinfall des „Echos“ allein erfüllt werden kann. Am allerwenigsten bei einem Blatt, das in der letzten Zeit sich einen Sport daraus macht, aus Dreizehner-Zitaten Verdammungsurteile über ganze Völker abzuleiten. Doch das „Echo“ will seinen Rückzug bedenken, und dabei darf es schon die Logik als entbehrliche Bagage im Stich lassen. Es läßt uns deshalb auch ganz kalt, daß das „Echo“ uns nachfragt, wir liebäugeln „mit den bolschewistischen Theoretikern, Parabelmännern und Konjunkten“. Wer uns kennt, weiß, daß wir den unantastbaren politischen Radikalismus schon bekämpft haben, als er sich in den Spalten des „Hamburger Echos“ noch recht breit machen durfte. Falls das „Echo“ aber gerade daraus folgert, daß wir jetzt mit ihm liebäugeln müssen, so macht eine solche Folgerung zwar seinem politischen Anpassungsvermögen sehr viel, seinem Scharfsinn aber sehr wenig Ehre.

Wir wollen diese Auseinandersetzung mit einigen Sätzen schließen, die von einem Großen im Reiche der Geister stammen: „Das ist der Vorteil, den ein Mann hat, der seinen Grundfragen treu bleibt und lieber nicht so ausgemacht zu Grunde geht, als ihnen nicht konsequent entgegen und handeln will. Diese Konsequenz, vermöge welcher man voraussetzen kann, wie ein Mensch in einem gegebenen Falle werden und handeln werde, ist es, was den Mann zum Manne macht, ihm Charakter und Stetigkeit gibt, diese großen Vorzüge eines denkenden Menschen.“

Das „Hamburger Echo“ wird voraussichtlich finden, daß diese Sätze aus dem Zusammenhang gerissen sind. Leider haben wir jedoch nicht Raum genug, um Leijungs gesammelte Werke hier nachzudrucken zu können.



Die Krabbenkonserven-Industrie.

Geschichtliche Entwicklung.

Die Entwicklung und volkswirtschaftliche Bedeutung der Krabbenkonservenindustrie finden wir erörtert in den Abhandlungen des Staatswissenschaftlichen Seminars in Jena, viertes Heft, als dessen Verfasser sich ein Herr Dr. Karl Winter bekennt.

Nach dieser vom Standpunkt der Unternehmer abgefaßten Schrift, betitelt „Die deutsche Fischkonservenindustrie“, wurde die Krabbenkonservenindustrie früher als Vorkriegsindustrie von den Küstengewässern ausgeht. Mit der Einführung des engmaschigen Grundschleppnetzes wuchs sie jedoch aus diesem Rahmen heraus und wurde bald zu einer beachtenswerten Erwerbsquelle für zahlreiche Bewohner der Nordseeküste.

Bereits im Jahre 1907 betrug die Jahresproduktion 2 228 752 Kilogramm im Werte von 401 687 Mk., die im Laufe der Jahre noch erheblich gestiegen sein dürfte. Es wäre unnötig gewesen, die Menge ernteter Krabben als Frischware in den Handel zu bringen, wenn sich nicht die Konservierung der Krabben als durchführbar erwiesen hätte. Nach ungefähre Schätzung werden in den Krabbenkonservenfabriken, in denen der Arbeiter meistens die Konservierung des Krabbenfleisches mit Hilfe seiner Familienangehörigen befragt, ungefähr 70-80 Prozent der Krabben konserviert, dagegen der Rest als Frischware in den Handel gelangt.

Die Hauptplätze der Krabbenkonservenfabrikation und des Krabbenhandels sind Brunsbüttel, Büsum, Heide, Sarggaden, Marne, Dittendorfer, Tönning und Neßburen. Nach einer Umfrage unserer Verbandsleitung kommen in genannten Orten 14 Konservenfabriken in Betracht, die in der Zeit der Krabbenjagd circa 5000 Personen, vornehmlich Frauen, Kinder und Greise, beim Schälen der Krabben beschäftigen.

Die Herstellung der Krabbenkonserven geschieht auf folgendem Wege: Die Krabben werden den Frauen zuerst zum Schälen gegeben. Das so gewonnene Krabbenfleisch wird nach Mülllieferung an die Fabrikanten mit einem geringen Prozentsatz Norjolare bestrichen, in Dosen verpackt und sterilisiert, aber auch als Konfekte mit Gelee und Essig zubereitet und gelangt so in den Handel.

In der Krabbenkonservenindustrie besteht, ähnlich wie in der Frucht- und Gemüseerzeugnisindustrie, ein ausgebreitetes Schmarbeitsystem. Kinder, selbst solche im zartesten Alter, sowie deren Mütter, die infolge des knappen Verdienstes der Ernährer auf Mitharbeit angewiesen sind, bilden auch in diesem Industriezweig das Ansehenobjekt. Welchen erheblichen Umfang die Kinderarbeit in der Industrie angenommen hat, wird am besten durch eine Polizeiverordnung aus Marne illustriert, die bestimmt, daß Kinder unter 10 Jahren nicht in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens und nicht vor dem Sonntagsmorgens betätigt werden dürfen; daß den Kindern von Mittag eine mindestens zweistündige Pause gesetzt werden muß, und am Nachmittage die Beschäftigung erst eine Stunde nach dem Unterricht beginnen darf. Aber trotz aller Restriktionen haben es die Behörden bisher nicht vermocht, der Beschäftigung der jugendlichen und noch nicht schulpflichtigen Kinder einen Riegel vorzusetzen. Dagegen haben aber abstraktil die Krabbenkonservenfabriken die Einsicht gewonnen, daß die so überaus ansehnliche Beschäftigung der Kinder zum Nachteil ihrer Entwicklung und Schulbildung führen muß, daß sie deshalb aus eigener Kraft Wandel an diesem Gebiete schaffen müssen, und daß endlich die nötige Gewähr für eine wirksame Ausschaltung der Kinderarbeit, mindestens aber der Kinder im zartesten Alter, nur eine frasse Organisation der Krabbenkonservenfabriken bilden kann.

Organisation.

Einer langjährigen, unermüdeten Kleinarbeit, vornehmlich einer Anzahl agitatorisch tätiger Verbandsgenossinnen, hat es bedurft, um auch den Krabbenkonservenfabriken in der Krabbenkonservenindustrie, zum mindesten einen Teil derselben, den Organisationsgehanken, das Gefühl

der Solidarität einzuprägen. Schon der bloße Hinweis, daß die Krabbenkonservenfabriken sich fast aus allen Kreisen der Bevölkerung rekrutieren, dürfte genügen, um darzulegen, mit welcher hohen Ausdauer und Aufopferung die Vorkriegsarbeiter vollzogen werden mußte. Wie mancher tüchtige Verbandsgenosse hat sich im Laufe seiner Tätigkeit, weil eben alle Mägen, die Schälerinnen unter einen Hut zu bringen, vergeblich erprobten, enttäuscht beiseite gewandt, um doch später die Erfahrung machen zu müssen, daß heute die Schälerinnen an einigen Orten eine kompakte Masse bilden. In den meisten Orten mit Krabbenkonservenindustrie ist die Organisation der Schälerinnen so weit vorgeschritten, daß man zur Einsetzung von Branchenleitungen greifen konnte. Immerhin gilt es noch ein gutes Stück Agitationsarbeit zu leisten, bevor es gelingt, die Krabbenkonservenfabriken allerorts dauernd an die Organisation zu fesseln.

Sozialkämpfe.

Die Krabbenkonservenfabriken in Marne und Umgegend richteten Anfang Februar des Vorjahres an die Konservenfabrikanten die Forderung, den Marktpreis für das Pfund geschälte Krabben von 5 Pf. auf 6 Pf. zu erhöhen und Sonntagsarbeiten mit einem Aufschlag von 1 Pf. zu vergüten. Die beschiedene Forderung fand schon ihre Rechtfertigung in der Tatsache, daß es bei dem alten Marktpreis einer erwachsenen Person kaum möglich war, 10 Pfund Schälkrabben = 50 Pf. in einem Zeitraum von 6 Stunden zu erschälen. Teilweise sind aber auch die Krabben so mangelhaft gefischt, oder fallen so klein aus, daß zum Schälen obengenannten Quantum oft 10 und mehr Stunden erforderlich sind. Aber trotz alledem stellten die Fabrikanten sich auf einen ablehnenden Standpunkt, wogegen die Schälerinnen den einstimmigen Beschluß faßten, solange die Schälarbeit zu verweigern, bis die Fabrikanten ein weiteres Entgegenkommen zeigten. Diese einmütige Haltung der Krabbenkonservenfabriken verbreitete sich wie ein Lauffeuer über die ganze Provinz. Brunsbüttel und Umgegend sowie Tönning erklärten sich die Schälerinnen mit den Marnern solidarisch und reichten ebenfalls eine Forderung an die Fabrikanten ein.

In Tönning verlief die Bewegung, durch die Abtrünnigkeit einer Anzahl Frauen, im Sande, dagegen hielten die Schälerinnen in den übrigen Orten wader stand. Nach mehrwöchigem Ringen erklärten sich die Marner Fabrikanten zu nachstehendem Tarifabkommen bereit:

Vertrag.

Zwischen den unten signierten Krabbenkonservenfabriken in Marne und dem Fabrikarbeiterverband Deutschlands, Zastelle Marne, Friedrichshoog und St. Michaelsdom, ist heute folgender Vertrag abgeschlossen:

1. Für 10 Pfund Schälkrabben werden bei einem Mindestgewicht von 3 Pfund Fleisch 55 Pf. bezahlt und für jedes 1/10-Pfund Mehrgewicht 2 Pf. vergütet.
 2. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.
 3. Vorstehender Vertrag hat Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1914.
- Marne, den 2. Mai 1914.

Die Arbeitnehmer.

Herrmann Stähl, J. N. Schwarz, Krabbenkonservenfabrik der vereinigten Fischer, e. G. m. u. H. Ernst Jürgensen, Heinrich Schwarz, P. Meinert, J. J. Breier, Joh. Hennings.

Für die Arbeitnehmer:

Henriette Johansen, Margareta Müller, Auguste Schmidt, Maria Nieberstein, Katharine Junge, Anna Michvergen, Grete Draeger.

Die Krabbenkonservenfabriken schloß Ende letzten Jahres den Beschluß, diesen Tarifvertrag nicht zu kündigen, sondern unter den alten Bedingungen ein weiteres Jahr zu arbeiten. Sie beauftragten die Branchenleitung, diesbezügliche Verhandlungen in die Wege zu leiten. Von den Fabrikanten wollte zunächst keiner unterzeichnen. Angeführt wurde, daß eine bestimmte Firma, deren Vertreter gegenwärtig im Felde steht, den Tarifvertrag erst unterzeichnen müsse; sobald das geschehen, würden auch die übrigen keinerlei Bedenken mehr hegen. Als aber diese Firma (Hermann Stähl) den Tarifvertrag anstandslos unterzeichnet hatte, änderten die übrigen Firmen ihre Haltung nicht. Vielmehr wollten die Firmen P. Meinert, J. N. Schwarz, J. J. Breier und J. Hennings freie Hand behalten und die Entlohnung für das Schälen der Krabben nach eigenem Ermessen regeln, wogegen die Firmen Ernst Jürgensen (Krabbenkonservenfabrik) und H. Schwarz nur die Unterchrift des Tarifs abgelehnt wissen wollten, sich aber im übrigen bereit erklärten, den tariflich festgelegten Marktpreis zu zahlen. Allerdings erklärten sie, daß sie, falls der Absatz von Krabbenkonserven ins Stocken geraten sollte, so daß sie gezwungen seien, auf Lager zu stapeln, den alten Marktpreis (10 Pfund Krabben schälten 50 Pf.) wieder einführen müßten.

Als „Grund“ für ihre ablehnende Haltung wurde nun von den Fabrikanten ins Feld geführt, daß die Branchenleitung ihr im vorigen Jahre gegebenes Versprechen, auch in Tönning, Heide, Büsum und Dittendorf den Marner Tarif zur Durchführung zu bringen, nicht innegehalten habe, wodurch die Konkurrenz stark beeinflusst worden sei. Wer die Verhältnisse auch nur annähernd kennt und weiß, daß die beiden Firmen in Büsum und Heide, die Krabben zu einem guten Teil in Brunsbüttel und Umgegend, wo ebenfalls für 10 Pfund Schälkrabben 55 Pf. bezahlt werden, schälen lassen, wer ferner berücksichtigt, daß in Dittendorf ungefähr dieselben Sätze erreicht werden, der wird auch den Grund als stichhaltig nicht anerkennen können.

Die Krabbenkonservenfabriken werden auch alles daransetzen, um eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen zu verhindern.

Ein für Brunsbüttel und Umgegend mit dem Vertreter der Firma Siegfried abgeschlossener Vertrag, der gleichfalls 55 Pf. für 10 Pfund Schälkrabben vorsah, wurde von der Arbeiterkassette zum Jahresabschluss 1914 gekündigt, weil er von dem Vertreter der Firma nicht gehalten wurde.

Sobiel nun auch die Zustände in dieser Industrie noch zu wünschen übrig lassen, so ist doch der erste Schritt getan, um auch hier menschenwürdige Zustände zu schaffen. Es wird nunmehr Aufgabe der Krabbenkonservenfabriken sein, die Organisation im Verein mit der Verbandsleitung lückenlos auszubauen.

Jr. B.

Die Arbeiterfrage im Kriegsausschuß für das deutsche Papierfach

In seiner Sitzung vom 30. Januar 1915 befaßte sich der Kriegsausschuß für das Papierfach mit der Frage: „Mangel an männlichen Arbeitern.“ Nach den Ansichten des Herrn Krause und des Herrn Kommerzienrats Steinbock-Sandow herrscht sowohl in der Papiererzeugung, wie auch in der Papierverarbeitungsindustrie Mangel an geübten Arbeitern. Die beiden Herren empfehlen deshalb, an die Gemeinden heranzutreten und die Einstellung etwaiger Kraftstandsarbeitern zu fordern. Diese Forderung ist unferes Professionsbüros aus ungenügend. Wenn es wirklich in einigen Papierfabriken an geübten Arbeitern fehlt, so wird durch die Einstellung etwaiger Kraftstandsarbeitern daran gar nichts geändert. Denn geübte Papierarbeiter sind eben nicht bei solchen Arbeiten tätig, werden also durch die Aufhebung nicht frei. Vielmehr ziehen diese, soweit sie nicht zum Kriegsdienst eingezogen sind, auch in der Kriegszeit ihre ihnen liebgehabte Beschäftigung der Kraftstandsarbeit vor, sobald sie nur in halbwegs auskömmlicher Weise entlohnt werden. Daran hapert es leider vielfach, obwohl die während der Kriegszeit auf fast sämtliche Papierfabriken und Papierwaren eingetretene Preiserhöhungen es den Papierindustriellen ermöglichen, ihre Arbeiter auskömmlich zu entlohnen. Der Syndikus für die deutsche Papierindustrie und den Berliner Kohlenhandel, Dr. Kubas, berichtete, daß nur in den Großstädten und auf dem flachen Lande Arbeitermangel herrsche, während in den mittleren und kleineren Städten ein gewisser Arbeiterüberfluß vorhanden sei. Die Berliner Kohlenhandlungen hätten sich mit dem „Deutschen Transportarbeiter-Verband“ verständigt, um ihren Arbeiterstamm zu erhalten. Ein Herr Dr. Sohn wendete sich gegen die generelle Aufhebung der Kraftstandsarbeiten und machte den vernünftigen Vorschlag, wegen der Lösung der Arbeiterfrage an die Arbeiterorganisationen heranzutreten, da dieselben kein Interesse hätten, Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, sobald Arbeitsangebote vorhanden seien. Herr Dr. Sohn schloß mit seiner Auffassung ab, weicher Rabe im Kriegsausschuß für das Papierfach zu sitzen. Der Ausschluß beschloß nämlich, für eine „vernünftige Einschätzung“ der Kraftstandsarbeiten der Behörden an zuständiger Stelle einzutreten. Wir halten diesen Beschluß für unbedeutend

und bedauerlich. Sollte jedoch eine Gemeinde auf die mehr als eigenartig formulierte Forderung eingehen, so wird sie natürlich verlangen müssen, daß die Papierindustrie alle dann freierwerbenden Arbeitskräfte einstellen und b. a. u. z. n. b. beschäftigen.

Die Regelung der Löhne soll in einer späteren gesonderten Sitzung behandelt werden. Wir hoffen, daß es sich dabei nicht um eine Herabsetzung der jetzigen Lohnsätze handelt, die infolge der ständig steigenden Preise für Nahrungsmittel, Bekleidungsstoffe usw. heute schon als völlig unzureichend bezeichnet werden müssen. Als besonderer Anreiz, der Papierindustrie mehr Arbeitskräfte zuzuführen, dürfte ein derartiges Mittel übrigens kaum wirken. Wollten aber die Unternehmer die Löhne erhöhen, was sehr zu wünschen wäre, so hätten sie das lieber nicht aufschreiben sollen. Denn eine angemessene Erhöhung der Löhne würde der Papierindustrie mehr Arbeitskräfte zuführen als die Aufhebung aller Notstandsarbeiten.

Bilanzfrist im Verein chemischer Fabriken in Zeitz.

In der Generaldirektion des Vereins chemischer Fabriken in Zeitz vollzog sich im April und Mai des verfloffenen Jahres eine gründliche Umwandlung. Es hätte unsern Mitgliedern bekannt sein, daß der große Aktienkonzern, um Konkurrenzlücke zu vermeiden beziehungsweise sie abzulösen, einfach die Mehrheit der Aktien obengenannter Gesellschaft an sich brachte und damit zu weitgehendem Einfluß gelangte.

Zu dem im April vorigen Jahres abgehaltenen Generalversammlung unterzog der Vertreter des Aktienkonzerns, Dr. David, die Bilanzierungsweise des Generaldirektors Willi Stöbe einer eingehenden Kritik. Er kam dabei zu einem für Stöbe verhängnisvollen Resultat. Nach dem Bericht soll Herr Stöbe die Bilanz des Werkes irreführend aufgestellt haben. Auch soll er seinen Aktienbesitz zu unerschwinglich hohem Preis an den Aktienkonzern verkauft, diesen also überwertig haben. Infolge der vom Vertreter des Aktienkonzerns erhobenen Vorwürfe legte der Aufsichtsrat und einige Tage darauf auch Herr Stöbe sein Amt nieder. Die eingesezte Revisionskommission begann ihre Arbeit und kam gleichfalls zu dem Resultat, daß der Generaldirektor des Werkes, Herr Reichstagsabgeordneter Stöbe, seine Pflicht auf das gründlichste verletzt habe. Während er in der am 31. Oktober 1913 vorgelegten Bilanz einen Gewinn von 2138 M. errechnete, wies die Revisionskommission einen Verlust von 1 601 520 M. nach. Dieser Schaden wird nun durch Zusammenlegen des Aktienkapitals von 5 zu 3 repariert und die Reserven werden mit 620 000 M. herangezogen, um Abschreibungen in Höhe von 2 670 000 M. decken zu können. Stöbe wird zur Rechenschaft gezogen werden.

Bei dieser Gelegenheit sei noch einer andern Sache gedacht, die Stöbe ebenso wie seine Bilanzen behandelte. Stöbe ist bekanntlich als national-liberaler Abgeordneter auf den Kränken der Sozialdemokratie (in Ostpreußen) in den Reichstag eingezogen. Er gab vor der Wahl das Versprechen ab, das Koalitionsrecht seiner Arbeiter und Angestellten zu achten und bei Beschwerden auch mit Vertretern der Arbeiterorganisationen zu verhandeln; auch wollte er die ihm unterstellten Direktoren zu gleichem veranlassen. Die hinter uns liegenden praktischen Erfahrungen haben aber bewiesen, daß Stöbe sein Versprechen nicht nur nicht hielt, sondern auch damit einverstanden war, daß den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechts erschwert und die Arbeiter, die auf Ausübung desselben bestanden, ja nur den Anschein dazu erregten, entlassen wurden.

Stöbe wird, wenn sich die wider ihn erhobenen Anschuldigungen bestätigen, auf die Ausübung des Reichstagsmandats verzichten müssen. Damit wird er zugleich von einem Versprechen, das er nicht gehalten hat, entbunden.

Unser Verband in der 29. Kriegswoche.

Für die Woche vom 15. bis 21. Februar haben 342 Zahlstellen berichtet. Diese hatten am 1. August 181 369, am 20. Februar 112 499 Mitglieder. Nach Geschlechtern getrennt, zeigt die Mitgliederbewegung in den berichtenden Zahlstellen folgendes Bild:

	Männl.	Weibl.	Zus.
Mitgliederzahl am 1. August 1914	158 246	23 123	181 369
" " 20. Februar 1915	92 441	20 058	112 499
Differenz	65 805	3 065	68 870
Zum Kriegsdienst eingezogen	53 889	—	53 889
Demnach eigentlicher Verlust	11 916	3 065	14 981

Der Verlust ist also um rund 300 größer als in der Vorwoche, aber geringer als in der 26. und 27. Woche. Von je 100 am 1. August vorhandenen männlichen Mitgliedern sind 8, von je 100 weiblichen Mitgliedern 13 ausgefallen.

Arbeitslos waren in den berichtenden Zahlstellen am 20. Februar noch 2211 männliche und 1974 weibliche, zusammen 4185 Mitglieder. Das sind 3,7 vom Hundert. Zum Kriegsdienst waren 53 889 Mitglieder, das sind 34,0 vom Hundert, eingezogen.

Wir lassen nunmehr die bisher geführte Tabelle, in der die Ergebnisse der Wochenstatistik auf den ganzen Verband umgerechnet sind, folgen.

Berichtstag	Arbeitslos		Zum Kriegsdienst eingezogen	
	insgesamt	von je 100 Mitgliedern	insgesamt	von je 100 männlichen Mitgliedern
9. August	17 663	8,5	34 388	19,2
16. "	23 810	11,5	38 808	21,0
23. "	24 476	11,8	40 2-3	22,6
30. "	27 768	12,9	45 510	25,2
5. September	23 758	11,5	44 429	24,6
12. "	22 242	10,7	45 706	25,8
19. "	19 136	9,7	46 720	25,9
26. "	19 001	9,6	47 243	26,0
2. Oktober	17 329	8,3	48 875	26,4
9. "	13 711	6,6	49 117	26,6
16. "	13 326	6,4	49 809	27,3
23. "	12 421	6,0	49 843	27,3
31. "	10 995	5,3	51 166	28,2
7. November	9 233	4,3	51 561	28,4
14. "	8 964	4,2	52 138	28,7
21. "	7 888	3,7	52 732	29,0
28. "	7 031	3,5	53 382	29,3
5. Dezember	6 966	3,5	54 428	30,0
12. "	6 176	3,4	55 025	30,6
19. "	6 320	3,5	55 189	30,7
26. "	6 103	3,4	55 101	30,6
2. Januar	6 530	3,6	57 170	31,4
9. "	6 192	3,4	57 264	31,5
16. "	5 719	3,1	58 611	32,4
23. "	5 409	3,0	58 450	32,1
30. "	5 525	3,1	60 032	33,2
6. Februar	5 340	3,0	60 059	33,2
13. "	5 130	2,9	60 976	33,6
20. "	4 792	2,7	61 703	34,0

Wie schon im Bericht über die 28. Woche mitgeteilt wurde, sind für die Zeit nach dem 1. März neue Berichtskarten mit etwas geänderten Vorbrücken ausgegeben worden. Diese Änderungen waren infolge der Wiederinanspruchnahme der Krankunterstützung nötig geworden. Wir bitten noch einmal, von jetzt an nur noch die neuen Karten zur Berichterstattung zu benutzen.

Jahresbericht aus dem Gau 5 (Danzig).

Wie im ganzen Deutschen Reich, so wurde auch im Gau 5 im Frühjahr der Versuch unternommen, die Agitation durch Einberufung zahlreicher Versammlungen zu beleben. Bedacht wurden dabei auch mehrere Orte, in denen wir Eingang bisher nicht finden konnten. Wenn auch die Versammlungen nicht lediglich zum Zweck der Gewinnung neuer Mitglieder geplant waren, so war ein besserer Erfolg, als ein-

getreten, doch erwartet worden. Es haben 29 Versammlungen in 27 Orten stattgefunden; darunter 15 in vorhandenen Zahlstellen. Insgesamt waren diese Versammlungen von 1289 Personen besucht, davon waren 1207 Verbandsmitglieder. Von den 82 unorganisierten Besuchern traten 52 dem Verbande bei.

Im ersten Halbjahr 1914 war die Mitgliederzahl um 228 gestiegen. Nach dem jetzt 10000 Neuaufnahmen, welche in dieser Zeit erfolgten, hätte die Mitgliederzahl allerdings größer sein müssen. Mit Ausbruch des Krieges hörte die Mitgliederzunahme so gut wie ganz auf. Eintritt sind seit dieser Zeit sehr wenig erfolgt, im vierten Quartal waren es nur 7.

Vier Zahlstellen (Insterburg, Graudenz, Kreuz und Wogrowitz) konnten neu gebildet werden. Zwei davon (Insterburg und Kreuz) sind jedoch infolge der durch den Krieg geschaffenen Lage wieder eingezogen. Ebenfalls eingezogen ist die seit Jahresfrist laum noch existenzfähige Zahlstelle Dornitz.

Infolge des Eindringens der Russen in Ostpreußen ist die Mitgliederzahl durch Austritte usw. sehr geschwächt. Ostpreußen stellte drei Viertel der im Gau vorhandenen Mitglieder. Von 3200 sind bis zum Jahreschluss 1914 nur noch 686 geblieben. Wenn auch 1800 Mitglieder zum Militär eingezogen sind, so bleibt doch ein Verlust von annähernd 1100 Mitgliedern, welche zum größten Teil verschwunden, ohne daß wir nachkontrollieren können, wo sie geblieben sind. Die Gesamtmitgliederzahl im Gau ist von 4464 bei Kriegsausbruch auf 1217 Ende des Jahres gefallen. 1900 sind Soldat geworden. Mit hin beträgt der direkte Verlust 1500 Mitglieder. Von den im Laufe des ersten Halbjahres Neugewonnenen ist so gut wie keiner der Organisation treu geblieben. Bei Kriegsausbruch war für sie kein Halten mehr. Jeder hatte die leichtfertige und grundloseste Ausrede als Antwort bereit: Es müßte ja jetzt doch nichts. Auch eine Anzahl älterer Verbandsmitglieder bediente sich dieser Ausdrucksweise.

Die Anforderungen an unsere Klasse zur Hilfeleistung für alle durch den Krieg in Not Geratenen waren riesig. Alle Zahlstellen im Gau 5 hatten im letzten Halbjahr zusammen als Einnahme 21 616 M. Dagegen erforderten in derselben Zeit die ausgezahlten Unterstützungen den Betrag von 50 929 M. Es sind davon an Arbeitslose 21 521 M., an die Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder 23 338,50 M. und an beide genannten Gruppen zur Weihnacht 4912 M. gegeben worden. Diese Zahlen liefern gleichzeitig den besten Beweis, daß die Fahnenflüchtigen nicht nur von den draußen im Felde ihr Leben einsehenden Verbandskollegen die größte Verachtung verdienen, sondern auch sich selbst dabei geschädigt haben. Wer infolge Notlage die Beitragszahlung nicht erfüllen konnte, dem wird zu verzeihen sein. Wer dagegen in der Stunde, in der dem Verband Gefahr drohte, ohne Zwang von seinen Verbandskollegen sich abtrennte, liefert damit den unumstößlichen Beweis, daß er nur Mitläufer mit den Kämpfern für Arbeiterinteressen gewesen ist. Der Verlust solcher Mitglieder ist zu ertragen. Unsere Organisation kämpft für die Interessen der Mitglieder sehr oft unter schwierigen Begleiterscheinungen. Schon darum sind Absonderungen der ständig Frauen, die doch jederzeit zum Ausreifen bereit sind, als nur sehr geringer Verlust einzuschätzen. Im Laufe der Zeit werden auch diese zu der Erkenntnis kommen, die sich gesundheitlich immer in den Worten ausdrückt: „Hätte ich bloß damals meine Mitgliedschaft nicht vernachlässigt.“

Lohnbewegungen haben 10 stattgefunden. Dabei kam es in vier Betrieben zur Arbeitseinstellung. Die Beweggründe zu dem Vorgehen waren Lohnforderungen, Abwehr gegen Lohnverschlechterungen und in einem Falle Tarifbruch des Unternehmers. Die in Frage kommenden Betriebe beschäftigten der kleinste 25, der größte 350 Arbeiter und Arbeiterinnen. In Remel sperrte die Fabrikleitung der Gemischen Fabrik „Union“ den Betrieb. Erst nach 10 Wochen Kampf wurde eine Einigung erzielt. Gute Erfolge sind in diesem Falle für die Arbeiter leider nicht zu bezweifeln, wenn auch mögliche Verbesserungen erzielt wurden. Die Fabrikleitung begründete ihren ablehnenden Standpunkt besonders mit den niedrigen Löhnen in den andern Gemischen Fabriken. — In Tilsit-Kaguit wurde zum bestehenden Vertrage der Zellstofffabrik Kaguit ein Nachtrag geschlossen. Derselbe hat für eine Anzahl Lohnpositionen Verbesserungen gebracht, unter anderem Stundenloohnerhöhung für die Sofarbeiter um 3 Pf. Der so geänderte Vertrag hat Gültigkeit bis 30. Juni 1915. — Für die Arbeiterchaft der Ziegelei Benigleiten bei Tilsit wurden Lohnzulagen erzielt und die Löhne tariflich geregelt. Ebenso für die Arbeiterchaft der Ziegeleien in Paszalenen. Es bestehen nunmehr für 10 Ziegeleien in Tilsit und Umgegend Tarifverträge. — In Elbing verließen die Arbeiter der Firma Schmidt, Hartlandsteinwerk, geschlossen den Betrieb. Der Grund hierzu war, daß die Firma bei im Sommer gegebene Zusicherung, auch für die Wintermonate die gleichen Lohnsätze zu zahlen, nicht gehalten hat. Nach mehreren Tagen hatte jeder andere Arbeit. Die Differenz galt damit als erledigt. — In Danzig-Braun kam es bei der Firma Drenschahn u. Sudhop, Zementwarenfabrik und Hartlandsteinwerk, zum Streik. Derselbe dauerte 8 Tage. Ein Tarifabschluß stellte den Frieden wieder her. Zulagen von 3 und 5 Pf. pro Stunde, Regelung der Ueberstundenbezahlung usw. wurden erzielt. Ebenso einig, wie die Arbeiter aus dem Betrieb gegangen, nahmen sie auch wieder die Arbeit auf.

Zu gleicher Zeit mußten die Arbeiter der Gemischen Fabrik Supercphosphat, G. m. b. H., in Danzig-Schellmühl gegen Lohnrückerei ankämpfen. Dieser Betrieb war von den beiden Gemischen Fabriken Moritz Milch u. Komp. und der Chemischen Fabrik Pommerensdorf angekauft. Es sollten nun die niedrigsten Löhne Danzigs, die bei der Firma Milch u. Komp. üblichen, zum Maßstab dienen. Die Organisationsleitung bediente sich der schärfsten Kritik, um diese Lohnrückerei in das richtige Licht zu stellen. Die Arbeiterchaft sah den Entschluß, lieber den Betrieb für dauernd zu meiden, wie die Lohnrückerei anzunehmen. Erst wie alle Beschäftigten zum Verlassen des Betriebes bereitstanden, bequeme sich die neue Fabrikleitung, die Abzüge wenigstens zu mildern. Nunmehr war es auch den Arbeitern der Firma Milch u. Komp. zum Bewußtsein gekommen, daß sie als Mitgliedschaft der Lohnrückerei in Frage kamen. Sie fingen an, sich in größerer Zahl unserm Verbande anzuschließen. Die Firmenleitung erhöhte daraufhin die Löhne um 20 Pf. pro Tag.

In Bromberg-Schulitz wurde der mit der Firma Kästgers-Werke, Imprägnierung, bestehende Tarifvertrag zwecks Anbesserung der Löhne gekündigt. Die Firma lehnte erst rundweg ab. Sie führte zur Begründung ihrer ablehnenden Haltung an, daß infolge des vor zwei Jahren zum Abschluß gebrachten Vertrages der durchschnittliche Verdienst von 48,9 auf 56,7 Pf. pro Stunde gestiegen war. Verständigung auf friedlichem Wege war möglich. Es kam ein neuer Vertrag zustande, durch welchen eine Anzahl Lohnpositionen für die Arbeiterchaft zu befriedigenderen Verbesserungen erhielten. — In Kolmar i. P. mußte wieder zum Streik gegriffen werden. Die Inhaberin zweier Ziegeleien wollte den von ihrem verstorbenen Manne mit uns vereinbarten Vertrag nicht innehalten. Der Vertrag sah April 1914 weitere Lohnsteigerungen vor. Das wollte die Firmeninhaberin nicht anerkennen. Es blieb nichts anderes übrig, als den vereinbarten Vertrag durch Streik in Kraft zu halten.

Aus den angeführten Beispielen geht deutlich hervor, daß für die Mitglieder unserer Organisation im östlichen Gau auch im vergangenen Jahre, soweit es möglich gewesen, erfolgreich gewirkt worden ist, trotzdem viele Beschränkungen infolge des allgemeinen wirtschaftlichen Stillstandes zu besonderer Zurückhaltung ermahnen. Im Jahre 1915 geben uns weitere bedeutsame Bewegungen bevor. Es laufen mehrere Verträge ab. Unter anderem der Vertrag mit dem größten für den Gau 5 vorhandenen Betrieb, der Zellstofffabrik in Tilsit. Für sonstige Betriebe verschiedener Art waren die Vorarbeiten so weit gediehen, daß bei gutem und festem Willen die Arbeiterchaft Vorteile erlangen konnte. Es bleibt jedoch unter den jetzt waltenden Umständen nur die Hoffnung, daß jeder Verbandskollege im gegebenen Moment zum Zweck der Arbeiterunabhängigkeit seinen Posten einnimmt. Bis dahin erfüllt jeder nach Kräften seine Pflicht, die auch darin bestehen kann, daß trotz des Weltkrieges versucht wird, neue Mitglieder für unsere Organisation zu gewinnen. **Mag. D. W. K. M. a. n.**

Berichte aus den Zahlstellen.

Chemnitz. Die wirtschaftliche Depression bei Beginn des Berichtsjahres hinderte einen allgemeinen Aufschwung der Zahlstelle. Trotz der eifrigen umfangreichen Agitationsarbeiten konnte die Mitgliederzahl nicht gesteigert werden. Der Kriegsausbruch machte dann vollends jede Agitationsarbeit unmöglich. Zahlreiche Funktionäre wurden aus der Tätigkeit gerissen, wofür Ersatz geschaffen werden mußte, was für unser so umfangreiches Gebiet mit den vielen Bezirken eine schwer zu lösende Aufgabe war. Eingezogen wurden bis zum 31. Dezember 607 Mitglieder. Dazu kommen noch 120 Mitglieder österrösischer Nation, die schon im Juli zu den Fahnen gerufen wurden, und größtenteils ohne sich abzumelden abgereist sind.

In 247 Versammlungen und Sitzungen wurden die Verbandsarbeiten erledigt. Ferner wurden im Bereich der Zahlstelle 8 Klassenkonferenzen vorgenommen. Die geplanten geselligen Veranstaltungen konnten infolge der Kriegswirren nicht stattfinden, bis auf das im Juli abgehaltene Sommerfest, das sich eines guten Besuches erfreute.

Lohnbewegungen wurden insgesamt in 16 Betrieben mit 279 Beteiligten geführt. Für 113 Mitglieder wurde eine Arbeitszeiterhöhung von 320 Stunden pro Woche erzielt. Die Lohnerhöhung betrug für 129 Mitglieder 498,80 M. pro Woche.

An Erwerbslosenunterstützung wurden an 97 auf der Reise befindliche Kollegen für 226 Tage 254,60 M., an 444 kranke Mitglieder für 6077 Tage 6963,65 M. und an 1004 arbeitslose Mitglieder für 18 557 Tage 15 539,50 M. verausgabt. Die Familien der eingezogenen Kollegen erhielten für die Monate Oktober und November 6163 M. Unterstützung.

Die Hauptkasse bilanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 56 046,53 M., die Lokalkasse mit 40 273,98 M. Der Kassenbestand der Lokalkasse beträgt 2684,46 M. **Jo. Schönherr.**

Dresden. Wie im Allgemeinen, so stand auch die Entwicklung unserer Zahlstelle vollständig unter dem Einfluß der bis Jahr 1914 bestehenden besonderen Verhältnisse und Faktoren. In den ersten Quartalen wurde nicht nur die Mitgliederzunahme, sondern auch die Arrangierung von Lohnbewegungen wesentlich von den nach bestehenden Wirtschaftskrisen beeinflusst. Das zweite Halbjahr im Zeichen des Krieges, in welchem es unmöglich war, rege agitatorische Arbeit zu entfalten. Die Lebenshaltung unserer Mitglieder mußte naturgemäß ebenfalls von diesen Faktoren beeinträchtigt werden, so daß das Jahr 1914 ein Jahr harter und schwerer Prüfungen für die Arbeiterchaft genannt werden kann.

Die Mitgliederbewegung stand, wie schon bemerkt, ganz unter dem Druck dieser Verhältnisse, wie nachstehende Tabelle zeigen mag:

Quartal	A. Zugänge					B. Abgänge					Summa						
	Eingetreten	Zugereit	Uebertreten	Vom Militär	Summa	Abgetreten	Uebertreten	Uebertreten	Vom Militär	Summa							
1.	210	209	23	—	442	1.	81	38	80	49	8	—	256				
2.	378	111	45	—	534	2.	64	44	119	69	15	—	311				
3.	262	23	17	12	314	3.	128	70	100	80	5	969	1600				
4.	40	15	7	12	74	4.	175	79	154	6	6	131	545				
					1364						448	231	753	145	32	1100	2712

Verband am 31. Dezember 1913 3501 männl., 1164 weibl., zus. 4665
Zugänge 847 „ 517 „ „ 1364

Abgänge 4348 männl., 1681 weibl., zus. 6029
2239 „ 473 „ „ 2712

Mitgliederstand am 31. Dez. 1914 2109 männl., 1208 weibl., zus. 3317

Trotz aller angewandeten Mühe war es nicht immer möglich, die Abtrünnigen zu halten. Wirtschaftliche Not und Erbitterung trugen einen wesentlichen Teil dazu bei, doch muß auch festgestellt werden, daß viele aus Verärgerung, oft auch aus ganz richtigen Gründen austraten. Die größte Zahl der Austritte entfällt auf die jüngeren Mitglieder, das heißt auf solche, die erst neu eingetreten sind, die die Schule der Organisation und den hohen Wert der gewerkschaftlichen Arbeit noch nicht voll zu schätzen wissen. — Ungezügeltere Aufklärungsarbeit wird die Folge dieser Lehre sein müssen.

Die Arrangierung und der Verlauf der Lohnbewegungen wurden durch die vorbezeichneten Ereignisse ebenfalls wesentlich beeinflusst. Wenn es uns trotzdem gelungen ist, den Verhältnissen entsprechend immerhin noch gute Erfolge zu erzielen, so ist das ein Beweis für die außerordentliche Intensität, mit der gearbeitet wurde, und für die Hartnäckigkeit, mit der versucht worden ist, die Lebenslage unserer Mitglieder zu verbessern.

In der Blumen-Industrie führten wir drei erfolgreiche Bewegungen, während die für den Herbst geplanten des Krieges wegen verzagt werden mußten. Die Blumen-Industrie hat gewaltig unter den Folgen des Krieges zu leiden.

Die Bewegung in der Seifen-Industrie endete mit vollem Erfolg. Bei der Firma Künzelmann, bei welcher es zu einer zweitägigen Aussperrung kam, und bei der Firma Gutmann wurden schriftliche Vereinbarungen getroffen.

In der Ziegel-Industrie gelang es nicht nur, das früher Erreichte zu halten, sondern auch einige erfolgreiche Bewegungen zu führen. Bei Wieritz in Roditz kam es nach sechstägigem Streik zum Abschluß eines Tarifvertrages, ebenso in der Ziegelei Magnus Zieger in Rähnitz. Bei Förster in Leuteritz wurden die gestellten Forderungen glatt bewilligt. In diesem Betriebe wurde die neunständige Arbeitszeit eingeführt. Bisher wurde von den Besitzern immer die Ausrede gebraucht, eine Verkürzung unter 10 Stunden sei nicht möglich. Ingesamt wurden in der Ziegel-Industrie sieben Bewegungen geführt, die alle mit Erfolg endeten. In zwei Betrieben wurde der bestehende Tarifvertrag um ein Jahr verlängert.

In allen gesährten 18 Bewegungen waren 333 Kollegen und 133 Kolleginnen beteiligt, deren Lohn in einer Woche um 731,25 M. und in einem Jahre um 37 162,50 M. erhöht werden konnte. Die Arbeitszeiterhöhung beträgt in einer Woche 370, in einem Jahre 18 500 Stunden. Die Kosten der Bewegungen sind außerordentlich niedrig. Es wurden aus Mitteln der Hauptkasse 2369,07 M., aus Mitteln der Lokalkasse 1281,90 M., für Beteiligungskämpfe 213,05 M., also insgesamt 3863,02 M. ausgegeben.

Während im ersten Halbjahr immerhin noch agitatorische Erfolge zu erzielen waren, brachte der Ausbruch des Krieges eine vollständige Wendung. Manche Unternehmer wurden kopflos und stellten die Betriebe ein. In andern Betrieben wurde erheblich verürzt gearbeitet. Die Ziegel-Industrie war sofort lahmgelegt. Fast alle Betriebe wurden geschlossen. In der Zementwarenfabrik ruhte die Arbeit in den ersten Wochen teilweise vollständig; später trat wieder eine kleine Belebung ein. Die Papier-Industrie arbeitete in der ersten Zeit erheblich verürzt. Heute sind die Betriebe mit verringertem Personal voll beschäftigt. Die chemische Industrie war verhältnismäßig am besten beschäftigt. Nur aus einigen kleineren Betrieben wurde eine teilweise Einschränkung der Arbeitszeit gemeldet. Gut beschäftigt war auch die Seifen-Industrie, in der gegenwärtig mit Hochdruck gearbeitet wird. Die Fruchtkonerven-Industrie litt unter der mangelnden Zufuhr von Früchten. Die Fleisch- und Gemüsekonzerven-Industrie ist seit Ausbruch des Krieges naturgemäß stark beschäftigt.

Die Arbeitslosigkeit nahm kurz nach Ausbruch des Krieges gewaltig zu. Ende Juli zählten wir 36 arbeitslose Mitglieder. Am 28. August zählten wir 900, am 11. September 1100, am 26. September 970, am 24. Oktober 697, am 28. November 388 und am 28. Dezember 241 Arbeitslose.

Die Summe der ausgegebenen Unterstützungen während der Kriegszeit beläuft sich auf 20 572,20 M. Ingesamt sind im Jahre 1914 41 193,70 M. an Arbeitslosen-Unterstützung ausgegeben worden. Einzeln kommen noch 6162,90 M. für Ausgesteuerten-Unterstützung. Auf die Mitgliederbewegung mußte der Kriegsbeginn naturgemäß ebenfalls einwirken. Zum Kriegsdienst einberufen waren am 21. August 750, am 19. September 930, am 17. Oktober 988, am 22. November 1043, am 28. November 1051 und am 28. Dezember 1110 Mitglieder.

Viele unserer braven und bravsten Kollegen stehen jetzt draußen im Felde, müssen große Strapazen erdulden und große Entbehrungen ertragen. Möchten die daheim Gebliebenen sich an diesem Opfermut ein Beispiel nehmen, dann wird so mancher Unwille über notwendige Maßnahmen der Verbandsleitung verschwinden, der Opfermut sich steigern, und die Möglichkeit, die Kriegszeit gut zu überleben, wird für die Organisation eine sichere.

Für die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer wurde in den Monaten September und Oktober der Betrag von 3463 Mk. ausgegeben, ferner zu Weihnachten an die Familien der Kriegsteilnehmer, die Arbeitslosen und die Kranken aus lokalen Mitteln eine Summe von 2930 Mk. — Leider ist der Erlös der freiwilligen Arbeitslosenmärkte ein recht geringer. Es wurden 9822 Stück verkauft. Wenn auch bei vielen Mitgliedern schließlich Schmalhans Küchenmeister ist, so gibt es aber eine große Anzahl anderer, die in ihrem Verdienst nicht nur nicht geschädigt sind, sondern die in der Kriegszeit ihr Einkommen erhöhen konnten. Es ist dringend zu wünschen, daß mehr Opfermut gezeigt wird.

Lohnrückstellungen sind nur in einigen Fällen vorgenommen worden, und zwar in der Goswiger Tapetenfabrik, in welcher die Stundenlöhne für Arbeiterinnen um 3 bis 6 Pf., die der Arbeiter um 2 1/2 bis 5 Pf. und die der Formsticker um 14 bis 19 Pf. vergrößert worden sind. In der Farbenfabrik Gleitsmann gelang es uns, den vorgenommenen Abzug rückgängig zu machen.

Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer wurde von einer Anzahl Unternehmer gewährt. Sie im einzelnen aufzuführen, würde zu weit führen. In einigen Fällen wurde die Unterstützung durch Beiträge der Arbeiter und Angehörigen geleistet.

Wenn wir am Schluß noch unserer verstorbenen und im Felde gefallenen Kollegen gedenken, erfüllen wir eine sozialistische Pflicht. Was das auf den Schlachtfeldern vergossene Blut so vieler Gewerkschaftler nicht unsonst geflossen sein, sondern dazu beitragen, daß die jetzt bemerkbare Würdigung der gewerkschaftlichen Arbeit auch nach dem Kriege anhält und die Entschädigungsfrage endlich einmal nach dem Kriege anhängig zu machen.

Eisenberg (S.-A.). Das Jahr 1914 hat, wie überall, so auch bei uns, nur Enttäuschungen gebracht. Mit einem Streik der Porzellanarbeiter bei der Firma Jäger, Porzellanfabrik, an dem wir mit 22 Mitgliedern beteiligt waren und der schon im Juli 1913 wegen Maßregelung einiger Arbeiter ausgebrochen war, wurde das neue Jahr begonnen. In der Schamottefabrik sowie in der Gasanstalt wurde die Verbandsleitung wegen Entlassung einiger Kollegen vorzeitig und erreichte, daß die Entlassenen wieder eingestellt wurden und an ihre alten Plätze kamen. In einem Falle, und zwar in Langenberg bei der Firma Kay, gelang uns das nicht.

Unser Tarifvertrag, der im Jahre 1911 mit den drei Schamottefabriken abgeschlossen war, wurde durch Beschluß und mit Genehmigung des Vorstandes am 31. Dezember v. J. glänzend. Am 3. Februar wurde den drei Firmen der neue Entwurf zugestellt, denn bis Ende Februar mußten die Verhandlungen beendet sein. Am 20. Februar begannen die Verhandlungen, und in vier gemeinschaftlichen Sitzungen, an denen alle drei Firmen, die Lohnkommission, die Verbandsleitung und die Gewerkschaft teilnahmen, wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen, der unsern Mitgliedern wesentliche Vorteile gebracht hat.

Die Zahlstellenleistung hatte im vergangenen Jahre vier Vertreter vor dem Gewerbeamt; drei waren von Erfolg für die Arbeiter, die vierte nicht. Wegen Verleumdung des Grundbesitzers Scheller aus dem Götzener Tal wurde der Geschäftsführer verhaftet, aber von dem hiesigen Amtsgericht freigesprochen. Gegen das freisprechende Urteil legte der Kläger Berufung ein und die Angelegenheit ging nach Altenburg vor das Landgericht; jedoch nahm der Kläger bereits vor dem Termin die Klage zurück. Warum, entzieht sich unserer Kenntnis.

Mit Ausbruch des Krieges änderte sich unsere ganze Tätigkeit. Verwaltungsmittel, Betriebsvertragswesen und Hilfsstellen wurden zum Herbeisuchen erdenklich; es mußte dafür erst Ersatz geschaffen werden, damit unser Verwaltungsapparat nicht ins Stocken kam. Tageslohn mußten die Verwaltungsmittel hinaus auf das Land gehen, den „Proletarier“ anstragen, die Beiträge einzulagern und nach anderen Hilfsstellen suchen, die aber auf dem Lande sehr dünn gesät sind. So es nicht gelang, solche zu finden, haben es die Frauen der im Felde stehenden Kämpfer übernommen, die Beiträge einzulagern. In unserer Zahlstelle kommen vier landlose Bezirke in Frage, die von Frauen laziert werden, und das so gut und pünktlich, daß wir den Frauen an dieser Stelle unsere besonderer Dank noch aussprechen möchten.

Nahmgenau brachte der Krieg auch eine große Arbeitslosigkeit mit sich. Zirkel 288 arbeitslose Mitglieder melde sich in den ersten Wochen nach Kriegsausbruch täglich zur Kontrolle. Einige Betriebe wurden geschlossen, andre arbeitslos gemacht, wieder andre nach Belieben, so daß die Arbeiter, wenn sie früh im Betriebe erschienen, ganz einfach wieder nach Hause geschickt wurden und eine Stunde Weg und noch länger zumutigen wagen, ohne einen Pfennig verdient zu haben. So handelte es zum Beispiel die Firma Späcker, Kalkwerk in Langenberg. Nur zwei Schamottefabriken konnten voll arbeiten lassen und nahmen teilweise auch Arbeiter an. Die Kalkwerke und Ziegeleien in unserer Zahlstelle sind teilweise eingestellt, teilweise wird beschränkt gearbeitet.

Einzelne Unternehmer meinen die Kriegslage zu Lohnrückstellungen aus. Das Schamottewerk von Randshagen machte bei einzelnen Arbeitern Rücklage bis zu 3 Pf. pro Stunde. Die Firma Götzener Talwerke zahlte den verfallenen Zuschlag für Überstunden nicht. Die Verbandsleitung konnte in diesen Fällen auf Forderungen nicht dringen, weil die betroffenen Arbeiter mit den Forderungen, unter dem Druck der Lage, einverstanden waren. Die es nicht waren, haben sich anderswo Arbeit gesucht.

Während Unternehmer zahlen auch an die Familien der Kriegsteilnehmer notwendige Unterstützungen: Die Firma Gebr. Saemann zahlte pro Tag für die Frau 20 Pf., für jedes Kind 10 Pf., die Sonntage werden miteingehalten. Das Götzener Talwerk zahlte pro Woche 3 Mk. und für jedes Kind 50 Pf. Die Zunderplattenfabrik von Carl Richter zahlte 5 Mk. pro Woche. Die Firma Randshagen sowie mehrere Ziegeleien und Kalkwerke zahlen an die Familien der Kriegsteilnehmer nichts.

Um die Ausbreitung unseres Verbandes zu fördern und um Unterstützung und Bekämpfung zu beschaffen, wurden in den vergangenen 63 Versammlungen abgehalten. Weiter fanden 32 Sitzungen, 65 Agitationsstunden, 14 Vortragsstunden, 2 Konferenzen und 31 Verhandlungen mit Unternehmern statt.

Überhaupt hat sich unsere Organisation sehr gut gehalten. Manche unserer Mitglieder haben schon oft geschrieben: hätten wir den Verband nicht, dann wäre es sehr schlimm mit uns. Andre wieder meinen: Es ist ein wahres Glück, daß man schon Jahre lang dabei ist und eine sichere Unterstützung bekommt. Wir haben an Unterstützungen 23 877,35 Mark gezahlt, davon an Arbeitslose 17 775,65 Mk. Weiter wurden noch gezahlt: 75 Mk. an Krankenkassen, 144 Mk. an Gewerkschaftsunterstützung, 525 Mk. an Entschädigung, 3646,50 Mk. an Streikunterstützung, 110 Mk. an Unzugänglich und für die Familien der Kriegsteilnehmer 4662,50 Mk. Die Gesamtausgaben betragen 33 598,85 Mk. Die Gesamteinnahmen 24 724,05 Mk., so daß die Hauptkassa über 13 000 Mark Zahlungsfähigkeit verfügt. Diese Zahlen legen ein gutes Zeugnis ab für die Leistungsfähigkeit unserer Organisation. Es sind ja auch hier schon vor anderer Seite die Worte gefallen, daß man es den freien Gewerkschaften nie verzeihen kann, was sie an den Arbeitslosen getan in diesem Kriege getan haben. Nun, wir haben nicht ohne viel Hingeben und Bekümmern, es nach bestem Wissen schnell versehen werden. Aber wir werden davon erzittern.

Die Kasse hat eine Einnahme von 12 278,35 Mk. und eine Ausgabe von 11 000,51 Mk. an die Familien der Kriegsteilnehmer sowie an arbeitslose und kranke Mitglieder wurden als Unterstützung 24 724,05 Mk. aus der Kasse gezahlt. Ein Zeichen, daß die Kasse im letzten Jahre für die Mitglieder von großem Nutzen ist.

Unser Mitglieder-Platz haben wir weniger zu leiden gehabt, nur wenige waren es, die ihren Austritt erklärten, und in der Hauptsache nur solche, die im ersten und zweiten Quartal geworben wurden und eine Unterstützung nicht bezogen hatten. Am 31. Dezember 1914 hatten wir 1256 männliche und 102 weibliche, zusammen 1358 Mitglieder. Am 31. Dezember 1914 bezogen 913 männliche und 56 weibliche, zusammen 969 Mitglieder. In der ersten Kriegswelle waren 253 Mitglieder zum Herbeisuchen erdenklich, die Zahl liegt auf 223 Mitglieder am Ende des Jahres. Demnach haben wir nur 27 Mitglieder

verloren. Arbeitslose Mitglieder waren am Jahresfluß noch 137 vorhanden, davon waren 42 männliche bezugsberechtigt und 57 männliche ausgereist. Die 38 weiblichen arbeitslosen Mitglieder waren sämtlich angestellter.

Aus diesen Bericht ist zu ersehen, daß unsere Organisation Großes geleistet hat. Wenn auch nicht allen Wünschen Rechnung getragen werden konnte, so hat sie doch unsern Mitgliedern über das größte-Geld hinweggeholfen. Mögen unsere Kollegen und Kolleginnen die Treue zur Organisation bewahren und dafür sorgen, daß auch die Beiträge gezahlt und die Verfallenen besetzt werden. Die Werksarbeit muß in der Fabrik und in der Werkstatt, auf dem Wege und im Hause, allüberall, wo Arbeiter und Arbeiterinnen zu treffen sind, betrieben werden, denn unsere Organisation ist unsere Hilfe!

Späht a. M. Zwei schwere Vergiftungsfälle in der chemischen Industrie. Ein treuer, braver Genosse und Kollege, der Fabrikarbeiter Jakob Schmidt, Vater von vier unmündigen Kindern, ist das Opfer einer Vergiftung in den hiesigen Farbmöhlen geworden. Am 22. Februar kam er schwerkrank nach Hause, so daß der Arzt gerufen werden mußte. Über schon um 2 Uhr nachts verstarb er. Die Leiche ist von der Polizei behufs genauer Feststellung der Todesursache beschlagnahmt worden.

Nach den uns gewordenen Mitteilungen liegt Phosphorvergiftung vor, die dadurch verursacht wurde, daß Schmidt ohne Mundschutz arbeiten mußte, weil kein im Raum vorhanden waren. — Raum waren wir vom Todentritt des Kollegen Schmidt zurückgeschreckt, als uns die Nachricht gebracht wurde, daß der Kollege Franz Weber, Nieder in derselben Nacht auch an Vergiftungsercheinungen gestorben sei. Dieser Fall liegt besonders tragisch. Kollege Weber war von Anfang August 1914 bis 15. Februar 1915 im Felde. Auf Reklamation der gemischten Fabrik „Elektron“, Griesheim, kam er zurück, um an den Präparaten für Kriegsbedarf zu arbeiten. Raum 5 Tage hatte er geschafft, als er die 24stündige Schicht unterbrechen mußte, da er sich äußerst unwohl fühlte. Am Tage darauf war er schon eine Leiche. Weber hat schreckliche Schmerzen ausgehalten. Die Leiche war vom Kopf bis zu den Füßen blau. Auf den höchsten Farbmöhlen wird Vergiftung als Betriebsunfall anerkannt. In diesem Falle aber bestreitet das Werk „Elektron“ die Vergiftung. Unser Geschäftsführer wurde bei der Polizei vorstellig, damit sie die notwendigen Schritte einleite, um der Unfallversicherung für die Familie keine größeren Schwierigkeiten zu bereiten. Die Leiche wurde darauf ebenfalls von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Auch der Kollege Weber hinterläßt eine Frau und vier kleine Kinder. Beide Kollegen waren treue und eifrige Mitglieder unserer Zahlstelle, denen wir ein ehrendes Andenken bewahren werden. Specht.

Sycho. Nach Kriegsausbruch war auch in unserer Zahlstelle die Aufregung und Kopfschmerz sehr groß; sie wurde durch eine Bekanntmachung des kommandierenden Generals, welche die Vereinstätigkeit aufhob und jede Versammlung verbot, noch erheblich vergrößert. Eine schnell zusammenberufene Sitzung der Zahlstellenleitung fasste Beschlüsse, die das Weiterbestehen der Organisation gewährleisten und das bedrohte Schiff sicher durch die Klippen leiten sollten. Diese Maßnahmen erwiesen sich zum Glück als überflüssig, da die Bekanntmachung in den nächsten Tagen zurückgenommen wurde. Trotzdem war es schwer, die Kollegen zur weiteren Beitragsleistung zu bewegen, bis nach und nach eine höhere Ueberzeugung Platz griff. Unsere Verbindung mit Baden, die wir erst wenige Wochen vorher angeknüpft hatten, ging uns ganz verloren, indem ein Teil unserer Kollegen zum Heer eingezogen wurde, andre wegen ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse ihre Mitgliedschaft aufgaben. Auch trat innerhalb des Verwaltungskörpers ein Personenwechsel ein. Unser allgemein beliebter Vorsitzender, Kollege Wilhelm, wurde in den ersten Mobilisierungstagen eingezogen und ist bereits am 30. September 1914 gefallen. Die Kollegen Fuchsmann, Ferdinand und Geseff traten in die Verwaltung ein. Auch in der Beitragsleistung ist in den ersten Sycho, Wilster und Kellinghufen ein Wechsel eingetreten, da der Kollege Bähler, der bis dahin die Beiträge im Hauptamt leistete, wegen organisatorischer Handlungen entlassen werden mußte. Die Beiträge werden jetzt von Kollegen in den einzelnen Orten im Nebenamt leistet.

Die Arbeitslosigkeit während des Krieges hielt sich in normalen Bahnen; sie war in den Monaten Januar, Februar und März sogar größer als in den Kriegsmontaten Oktober, November und Dezember. Das lag nicht etwa daran, daß die hiesige Industrie während des Krieges stark beschäftigt war, sondern ist dem Umstand zuzuschreiben, daß die hiesige Zementindustrie viele Saisonarbeiter und Ausländer beschäftigt, welche man bei Ausbruch des Krieges sofort abjog, und indem ein großer Teil unserer Mitglieder (zirka 400) zum Seeresdienst eingezogen wurde. Dieses erklärt auch unsern außerordentlichen Mitgliederverlust. Wir hatten am Ende des zweiten Quartals 1468, und am Ende des vierten Quartals nur noch 974 Mitglieder.

Zur Unterstützung der Familien der zum Seeresdienst eingezogenen Kollegen haben die Breitenburger und Altschöner Zementfabriken und die Zunderfabrik von Ch. de Vos wesentlich beigetragen. Die Unterstützung betrug 3-6 Mk. wöchentlich sowie sonstige Zuwendungen, Kosten usw. Leider erhielten diese Familien von der Stadt nichts. Die übrigen wurden von der Stadt mit Wittagehen und Brotationen, der Größe der Familie entsprechend, versehen. Von unserer Organisation wurden an die Familien der Kriegsteilnehmer 2392,50 Mk. vorausgezahlt. Auch das hiesige Gewerkschaftsamt stellte seinen Kassenbestand von 1000 Mk. zur Unterstützung in Verfügung.

Zur Bekämpfung der Agitation und zur Befriedigung über Lohn- und Arbeitsbedingungen und sonstige organisatorische Maßnahmen wurden 44 Betriebs-, 43 Mitgliederversammlungen und eine öffentliche Versammlung abgehalten. In den meisten dieser Versammlungen wurden von Kollegen Kländer einleitende Referate gehalten, außerdem referierte Kollege Stille (Gammover) am 23. März in Sycho und am 30. März in Lagerdorf; im Anschluß an diese Referate wurde eine Hausagitation veranstaltet. Die Ortsverwaltung erledigte ihre Aufgaben in 12 engeren und 10 erweiterten Vorparlamenten.

Lohnbewegungen werden vier vorbereitet, aber nur zwei zu Ende geführt. Eine derselben bei der Firma W. Duff, Wilster, Mätereier und Wühlensbetrieb, ging gänzlich verloren infolge Verlangens einiger Kollegen um einseitigen Augenblick. Die Kollegen verloren zunächst auch die Arbeitsplätze und es schien, als ob der Betrieb auch für die Organisation verloren sei. Es kam aber anders. Auch Herr Duff sah bald ein, daß ein Unterchied ist zwischen organisierten Arbeitern und allerhand Arbeitswilligen, und er versuchte, seine alten Arbeiter wieder zu bekommen. Er kam jetzt festgestellt werden, daß unsere Kollegen nicht bloß dort wieder arbeiten und der Betrieb organisiert ist, sondern sie erhalten auch Löhne, die unsern damaligen Forderungen entsprechen. Somit ist der Kampf nicht nutzlos geführt worden. Die andre Lohnbewegung wurde durch Verhandlungen zum befristenden Abschluß gebracht. Für die Arbeiter der Altschöner Zementfabriken wurde eine Aktion größerer Stills geplant. In diesem Zweck fand mit den Kollegen der Zahlstelle Elmshorn eine Konferenz am 15. März in Uetersen statt. Die Konferenz kam aber zu dem Ergebnis, die Aktion zu verlagern. Verhandlungen mit den Unternehmern fanden zweimal statt.

Die Abrechnung für das vierte Quartal bilanziert in der Hauptkassa mit 8576,48 Mk. An Unterstützungen wurden ausbezahlt: — die in Klammern beigefügten Zahlen bedeuten die Summe in denjenigen Zeitraumen des Jahres 1913 — an Reisende 59,90 Mk. (100,20 Mk.), an Arbeitslose 1709,95 Mk. (193,35 Mk.), an Unzugänglich 35 Mk. (105 Mk.), an Entschädigung 140 Mk. (270 Mk.), an Krankenkassen 2299,50 Mk. (20 Mk.). Im Vergleich zum Jahre 1913 waren die Einnahmen im Jahre 1914 im vierten Quartal um 2782,85 Mk. geringer und die Ausgaben um 1477,26 Mk. größer. Die Kasse bilanziert mit 825,46 Mk. und schließt mit einem Kassenbestand von 3636,67 Mk. ab. Die Jahresabrechnung bilanziert in der Hauptkassa mit 28 976,85 Mk. und in der Kasse mit 14 139,91 Mk.

Wenn wir nun zum Schluß den Blick nochmals zurückwerfen lassen, so finden wir, daß uns das vergangene Jahr in jeder Beziehung einseitig hat. Es hat uns weder eine bessere Konjunktur noch den erhofften Werksbedarf gebracht, dafür aber ein Meer von Sorgen, Not und Elend über ganz Europa verstreut. Wir freunden deswegen gern den ihm und seinen den dem langenden Jahre, daß es uns bald andere Zustände, besonders den Frieden, bringt, damit wir weiter bauen können an dem Werk, das wir einst zu vollenden geduldet und hoffentlich auch bald vollenden werden. Wilh. Kändler.

Kassel. Wenn auch im ersten halben Jahre 1914 die Konjunktur in unterm Verbandsgebiet nicht sehr günstig war, so hatten wir doch verhältnismäßig wenig arbeitslose Kollegen zu verzeichnen. Auch konnten wir eine Anzahl neuer Mitglieder dem Verbands beifügen. Mit Ausbruch des Krieges trat jedoch eine große Veränderung ein. Die meisten Betriebe, wie Ziegeleien, Papierfabriken, chemische Fabrik, stellten zunächst den Betrieb ganz oder teilweise ein, da es an Kohlen und sonstigen Rohstoffen mangelte. Da im September und Oktober, nachdem der Winterverkehr wieder hergestellt war, die Betriebe wieder probieren konnten, wurde der größte Teil der Arbeitslosen wieder eingestellt. Andre belamen bei den Proviantämtern und den Halberstädter Arbeit. Großbetriebe, welche sich für Militärleistungen einigsetzt hatten, stellten ungelehrte Arbeiter ein, so daß Anfang November sehr wenig Arbeitslose vorhanden waren. Von den Arbeitgebern wurden im allgemeinen keine Lohnrückstellungen vorgenommen; eine Ausnahme macht die Firma H. Schnell, Dampfpapierfabrik. Den Arbeitern, welche auch einige Wochen aussetzen mußten, wurde nach Wiederaufnahme der Arbeit der Lohn im Durchschnitt um 10 Prozent gekürzt. Dieses Schicksal soll auch die Meister der betreffenden Firma getroffen haben. Die Lohnrückzahlung konnte um so leichter geschehen, weil die große Mehrzahl der Arbeiter es versäumt hat, sich um eine gewerkschaftliche Organisation zu kümmern. Wir wollen wünschen, daß die Arbeiter für die Zukunft die Lehre daraus ziehen werden.

Welchen Wert die Verbandszugehörigkeit für die Kollegen in dieser ersten Zeit hatte, geht aus folgenden Zahlen hervor. Im Krankheitsunterstützung wurden vom 1. Januar bis 15. August, dem Tage der Aufhebung, 1609,40 Mk. gezahlt. Im ersten und zweiten Quartal wurden an 12 Kollegen und 2 Kolleginnen 168,40 Mk. Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Im dritten Quartal betrug die Summe an 70 arbeitslose Kollegen 1245,25 Mk. und im vierten Quartal an 22 Kollegen 345,65 Mk., vier Kollegen waren ausgereist. An die Familien der Kriegsteilnehmer wurden 890 Mk. gezahlt. Trotzdem die Krankheitsunterstützung am 15. August eingestellt wurde, hatte die Hauptkassa im Jahre 1914 eine Mehrausgabe von 1579,38 Mk. gegen das Jahr 1913 bei verminderter Einnahme.

Die Solalkasse hatte eine Einnahme einschließlich Kassenbestand von 6294,90 Mk. und eine Ausgabe von 4244,13 Mk., darunter 284,25 Mk. außerordentliche Unterstützungen, 390 Mk. für Weihnachtunterstützung an Kollegen, die im Felde stehen, und 427,90 Mk. im dritten Quartal für die Hauptkassa als Zuschuß gebraucht worden. Diese Zahlen beweisen zur Genüge, daß die Organisation alles getan hat, was sie unter den jetzigen Verhältnissen für die Mitglieder tun konnte. Leider hatten auch wir eine Anzahl Kollegen, welche es mit ihrer Austrittserklärung sehr eilig hatten. Einigen paßte die Einstellung der Krankheitsunterstützung nicht, andre glaubten, sie hätten keine Organisation mehr nötig, weil sie bei Proviantämtern tätig sind usw. Auch diesen Kollegen wird die Stunde wieder schlagen, wo sie es bereuen werden, dem Verband den Rücken gekehrt zu haben. Wir sind der Meinung, wenn alle Kollegen ihre Pflicht tun und für den Verband neue Mitglieder werben und vor allen Dingen die Wankelmütigen aufstärken, dann werden wir nicht allein diese ersten Zeiten überleben, sondern nach dem Kriege wieder ein festes Bollwerk bilden, fester als je zuvor.

Die Mitgliederzahl betrug bei Ausbruch des Krieges 499 männliche und 23 weibliche. Eingetretten sind 9 Mitglieder. Bis zum 1. Januar dieses Jahres waren zum Militär 115 Kollegen eingezogen, 36 Kollegen sind abgereist und 71 Mitglieder sind gestrichen oder abgemeldet. Bestand am Schluß des Jahres 1914 295 männliche und 14 weibliche Mitglieder.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß es auch einige Firmen hier am Orte gibt, die den Angehörigen ihrer Arbeiter, welche am Kriege teilnehmen, eine Unterstützung gewähren. Leider sind es sehr wenige. Auch von seiten der hiesigen Kommunalbehörde bekommen die Familien der Kriegsteilnehmer sowie auch die Arbeitslosen eine Unterstützung. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt bei Bezügen 70 Pf., bei Beheimateten 1 Mk. bis 1,60 Mk. pro Tag, je nach der Kinderzahl. Diejenigen, welche einem Berufsverein angehören, haben sich bei diesem zur Kontrolle zu melden und bekommen auch von diesem die Unterstützung ausgezahlt. Es wäre zu wünschen, daß diese Einrichtung eine ständige bliebe. F. S.

Verbandsnachrichten.

Zur Beachtung für die Bevollmächtigten und Kassierer!

In den Mitgliedsbüchern und -Karten müssen die Marken abgestempelt werden. Die Jahreszahlen auf den Markenseiten müssen groß, deutlich und mit Tinte eingetragen werden.

An die Ortsverwaltungen

Sind Fragebogen zur Feststellung der im Jahre 1914 erfolgten Uebertritte zu andern Verbänden gesandt worden. Wir bitten die Zahlstellen, die bisher noch nicht antworteten, um baldige Ausfüllung und Einfindung der Fragebogen, und zwar auch dann, wenn keine Uebertritte erfolgt sind.

Vom 23. Februar an gingen bei der Hauptkassa folgende Beträge ein:

Flauen bei Grund 2000,—, Gotha 300,—, Ludwigshafen 1500,—, Schönebeck a. d. E. 400,—, Barth 200,—, Bielefeld 7,—, Wangen 150,—, Dresden 2148,70, Aue i. Erggeb. 300,—, Breslau 2000,—, Pries 800,—, Neuhaldensleben 100,—, Goslar 2,20, Mügeln (Bez. Dr.) 2400,—, Frankfurt a. O. 100,—, Schweinitz 7,—, Celle 7,—, Eichfurt 7,—, Goslar 200,—, Bitterfeld 400,—, Görtz 350,—, Augsburg 7,50.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein:

Elbing 15,45, Kolbitz 6,—, Gagnau 16,70, Erfurt 15,—, Schluß: Montag, den 1. März, mittags 12 Uhr. F. r. Brun s, Kassierer.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1914 haben eingesandt: Liebenwerda.

Eingegangene Zahlstellen.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitgliedsbücher und -Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
566 188	Otto Lemke	27. 4. 1888	17. 2. 1913	Stettin
484 851	Marie Weder	27. 11. 1866	20. 5. 1911	Leipzig
537 841	Joseph Djer	5. 10. 1892	5. 5. 1912	Epyer
538 872	Hermann Brühshäfer	3. 10. 1875	1. 11. 1900	Bismar

Neue Adressen und Adressänderungen.

Darimund. Franz Scharp streichen.
Eisenach. Valentin Bauer, Frankfurter Straße 20.
Erfurt. Hugo Hedrich, Zischnerstraße 143. Hugo Schmidt, Saubohrstraße 151.
Königsberg. 1. Bevollmächtigter Johann Gajenpufsch, Unterwall 35a, 1. Et.
Ladenburg. Gustav Schmidt, Kirchstraße.
Nordhalben. Michael Spindler, Nr. 129 B.
Riedelshausen. Wilhelm Weder, Berliner Str. 96.
Wietzen. Fr. Ruff streichen.